



## Dokumentinformation

### Syndikatsverträge

#### Formfreiheit, Terminologie und Gründungszeitpunkt

Typ	Zeitschrift
Datum/Gültigkeitszeitraum	29.08.2019
Publiziert von	Manz
Autor	<b>Lukas-Sebastian Swoboda</b>
Fundstelle	<b>AnwBI 2019/224</b>
Heft	<b>9 / 2019</b>
Seite	<b>543</b>

## Abstract

Der Beitrag befasst sich mit dem Gründungszeitpunkt von Syndikaten samt entsprechender Terminologie.

## Inhaltsübersicht

I	Allgemein
II	Formfreiheit
III	"Entstehung" oder "Gründung"
IV	(Gründungs-)Zeitpunkt
1	"Ex nunc" Gründung
2	"Ex tunc" Gründung

## Text

### I. Allgemein

Unter Syndikatsverträgen (FN <sup>1</sup>) werden in der Regel ausschließlich zwischen Gesellschaftern einer Kapitalgesellschaft abgeschlossene (je nach konkreter Ausgestaltung "bilimulti- oder omnilaterale horizontale In-House-Syndikate"), (FN <sup>2</sup>) formfreie, (FN <sup>3</sup>) schuldrechtliche Vereinbarungen (dh Rechtsgeschäfte) verstanden, deren wesentlicher Zweck in der Regelung des Abstimmungsverhaltens von Gesellschaftern innerhalb einer Kapitalgesellschaft besteht, (FN <sup>4</sup>) ohne jedoch - und darin liegt eine bedeutende Eigenart eines Shareholders' Agreement österreichischer Prägung - unmittelbar in die verbandsrechtliche Organisation korrespondierender Hauptgesellschaften einzugreifen.

Solche Stimmbindungsvereinbarungen werden, sowohl von Lehre (FN <sup>5</sup>) als auch Rsp, (FN <sup>6</sup>) in ihrer ursprünglichen Ausprägung als Gesellschaften bürgerlichen Rechts qualifiziert; daher einem

durch Rechtsgeschäft in Form eines (Gesellschafts-)Vertrages begründeten schuldrechtlichen Verhältnis.

§ 1175 ABGB (FN <sup>7</sup>) definiert eine GesbR als einen vertraglichen Zusammenschluss von zwei oder mehreren Personen, um durch eine bestimmte Tätigkeit einen gemeinsamen Zweck zu verfolgen. Dies jedoch nur, sofern keine andere Gesellschaftsform gewählt wurde, wodurch dem grundsätzlichen Subsidiaritätscharakter der GesbR Ausdruck verliehen wird. (FN <sup>8</sup>)

Wesentlich für die Begründung eines Gesellschaftsverhältnisses ist somit der rechtsgeschäftliche Zusammenschluss einer Mehrzahl an Personen durch (Gesellschafts-)Vertrag sowie die damit einhergehende Ausrichtung auf die Verfolgung eines bestimmten gemeinsamen Zwecks. (FN <sup>9</sup>) Dieser gemeinsame Zweck liegt bei Syndikaten - wie eingangs angedeutet - zumeist in der Schaffung von Mehrheitsverhältnissen bzw Sicherung von schlagkräftigen Sperrminoritäten innerhalb der Gesellschafterversammlung einer Kapitalgesellschaft. Ein gemeinsamer Zweck kann grundsätzlich sowohl durch aktives Tun wie auch durch Unterlassen erreicht werden, (FN <sup>10</sup>) wobei an das Vorliegen eines gemeinsamen Zwecks keine allzu strengen Maßstäbe anzulegen sind. (FN <sup>11</sup>) Es genügt jedoch nicht, dass mehrere Personen an dem Eintritt eines bestimmten Erfolges interessiert sind und sie miteinander bloß in einfacher Rechtsgemeinschaft stehen; vielmehr muss eine - wenn auch lose - Gemeinschaftsorganisation vereinbart worden sein, die jedem Mitgesellschafter gewisse Einwirkungs- und/oder Mitwirkungsrechte einräumt und in weiterer Folge die gemeinsame Entscheidung über wichtige Vorhaben der Gesellschaft ermöglicht. (FN <sup>12</sup>)

Unabdingbares Erfordernis für die Gründung eines Syndikats (bzw einer GesbR) ist der Abschluss eines entsprechenden Gesellschaftsvertrages. Dieser kann schriftlich oder mündlich, ausdrücklich oder auch konkludent abgeschlossen werden. (FN <sup>13</sup>) Von einem stillschweigenden bzw konkludenten Abschluss eines Gesellschaftsvertrages kann jedoch nur ausgegangen werden, wenn Umstände vorliegen, die - im Unterschied zur Annahme des gemeinsamen Zwecks - keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, dass sich die Gesellschafter über den Abschluss eines Gesellschaftsvertrages tatsächlich einig gewesen sind. (FN <sup>14</sup>)

## II. Formfreiheit

Der Abschluss eines Syndikatsvertrages unterliegt nach hL (FN <sup>15</sup>) und stRsp (FN <sup>16</sup>) keinerlei Formzwang. Syndikatsverträge sind

Ende Seite 543

Anfang Seite 544»

demnach grundsätzlich formfrei und zwar selbst dann, wenn notariatsaktsbedürftige Beschlüsse mitinbegriffen sind. (FN <sup>17</sup>) Dies ist mE konsequent, da bestimmte Gesellschafterbeschlüsse auf Ebene der Hauptgesellschaft trotz vertraglich vereinbarter Stimmabgabe zu deren Wirksamkeit ohnedies eines Notariatsakts/einer notariellen Beurkundung bedürfen und ein/e zusätzlicher Notariatsakt/zusätzliche notarielle Beurkundung für den Syndikatsvertrag - abgesehen vom Argument des im Wirtschaftsleben ohnedies minimalisierten Übereilungsschutzes - sinnbefreit erscheint und zusätzliche Kosten verursacht, für die letztlich die Syndikatspartner selbst und nicht die Hauptgesellschaft aufzukommen haben.

Werden im Syndikatsvertrag jedoch Vorkaufsrechte, Optionsrechte oder andere Aufgriffsrechte mit dem Ziel, die Übertragbarkeit von Geschäftsanteilen einer GmbH zu regeln, vereinbart, so unterliegt auch ein solcher Syndikatsvertrag - mE zur Gänze - dem entsprechenden Formgebot für die Regelung der Übertragung solcher Geschäftsanteile: (FN <sup>18</sup>)

Geschäftsanteile einer GmbH sind nach § 76 Abs 1 GmbHG grundsätzlich sowohl frei übertragbar als auch vererblich. Diese für Kapitalgesellschaften charakteristische freie Übertragbarkeit von Anteilen wird insoweit relativiert, als einerseits die Übertragung eines Geschäftsanteils unter Lebenden stets eines Notariatsaktes bedarf (§§ 52 ff NO) und andererseits die Übertragung eines Geschäftsanteils im Gesellschaftsvertrag an das Vorliegen weiterer Voraussetzungen, insb an die Zustimmung anderer Gesellschafter, geknüpft werden kann. (FN <sup>19</sup>) Wiewohl es in der Praxis nicht ungewöhnlich ist, dass Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäft zeitlich zusammenfallen ("Kauf- und Abtretungsvertrag"), unterliegen nach hL (FN <sup>20</sup>) und überwiegender Rsp (FN <sup>21</sup>) im Falle des zeitlichen Auseinanderfallens sowohl das Verpflichtungs- als auch das Verfügungsgeschäft zu deren Gültigkeit zwingend der Form eines Notariatsakts.

Welches (gesetzlich zulässige) Verpflichtungsgeschäft der beabsichtigten Übertragung eines GmbH-Geschäftsanteils zugrunde liegt, ist ohne Bedeutung, (FN <sup>22</sup>) weshalb, wie bereits erwähnt, auch Vorkaufsrechte, Optionsrechte oder andere Aufgriffsrechte enthaltende Syndikatsverträge ihrerseits notariatsaktspflichtige Verpflichtungsgeschäfte iSd § 76 Abs 2 GmbHG darstellen können.

### III. "Entstehung" oder "Gründung"

Obwohl oftmals vom Entstehungszeitpunkt eines Syndikats gesprochen wird, (FN <sup>23</sup>) erscheint es mir aus Gründen der Rechtssicherheit sowie legistischer Gründlichkeit angebracht, auf den Terminus "Entstehung" iZm der Bildung eines Syndikats aus folgendem Grund zu verzichten:

HL (FN <sup>24</sup>) und stRsp (FN <sup>25</sup>) vertreten seit jeher die Ansicht, dass die GesbR über keine eigene Rechtspersönlichkeit verfügt und daher nicht ins Firmenbuch eingetragen werden kann. Insofern kann das in seiner üblichen Ausprägung als GesbR zu qualifizierende Syndikat (FN <sup>26</sup>) formal wohl niemals nach außen hin entstehen, weshalb bei dessen Gründung mangels Formalaktes - im Unterschied zu eingetragenen Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften - nicht zwischen Errichtung (Abschluss des Gesellschaftsvertrages) und Entstehung (konstitutive Eintragung im Firmenbuch) zu differenzieren ist. (FN <sup>27</sup>)

Das UGB folgt hinsichtlich der Entstehung von rechtsfähigen Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften allein dem Normativsystem. (FN <sup>28</sup>) Dies ist nachvollziehbar und zu respektieren, zumal die Entscheidung des Gesetzgebers bewusst zugunsten des Normativsystems ausfiel, da in dessen Augen gerade das Normativsystem die im Rechtsverkehr erforderliche Klarheit und Rechtssicherheit bieten kann. (FN <sup>29</sup>)

Das die österreichische Rechtsordnung prägende (FN <sup>30</sup>) Normativsystem (FN <sup>31</sup>) knüpft die Entstehung einer Gesellschaft an

«Ende Seite 544

Anfang Seite 545

einen konstitutiven hoheitlichen Akt. (FN <sup>32</sup>) Dieser konstitutive hoheitliche Akt besteht bei Vorliegen aller Voraussetzungen darin, die jeweilige Gesellschaft auf Antrag in das öffentlich zugängliche Firmenbuch einzutragen. Mangels Rechtsfähigkeit einer GesbR (bzw eines Syndikats) kommt eine solche, dem Normativsystem entsprechende Eintragung ins Firmenbuch naturgemäß nicht in Betracht. (FN <sup>33</sup>)

Es wäre daher angebracht, den Terminus "Entstehung" rechtsfähigen und ins Firmenbuch einzutragenden Gesellschaften vorzubehalten und im Falle der GesbR den Begriff der "Entstehung" durch die Begriffe "Gründung", "Bildung" oder, in Anspielung auf den rein schuldrechtlichen Charakter der GesbR, "Abschluss" zu ersetzen.

*Told* (FN <sup>34</sup>) spricht sich völlig zurecht ebenfalls gegen die Verwendung des Terminus "Entstehung" iZm Gesellschaften bürgerlichen Rechts aus, begründet dies jedoch mit deren mangelnder Rechtsfähigkeit selbst und nicht mit der (mangels Rechtsfähigkeit) fehlenden Eintragungsmöglichkeit ins Firmenbuch.

Im Folgenden wird daher auf den Terminus "Entstehung" iZm Syndikaten verzichtet und konsequenterweise durch "Gründung" ersetzt.

### IV. (Gründungs-)Zeitpunkt

#### 1. "Ex nunc" Gründung

Der Gründungszeitpunkt eines Syndikats richtet sich nach dem Wirksamkeitszeitpunkt des GesbR-Gesellschaftsvertrags, welcher seinerseits in aller Regel mit dem Zeitpunkt des Abschlusses des Gesellschaftsvertrages zeitlich zusammenfällt. Abweichend von diesem Ausgangsfall steht es den Gründungspartnern frei, die Wirksamkeit des Gesellschaftsvertrags von weiteren Umständen, so insb vom Eintritt aufschiebender Bedingungen, abhängig zu machen, wodurch es zu einem Auseinanderfallen zwischen Abschluss des Gesellschaftsvertrages und dessen rechtlicher Wirksamkeit kommen kann. (FN <sup>35</sup>)

#### 2. "Ex tunc" Gründung

Mit ausschließlicher Wirkung für das Innenverhältnis steht es den Gründungspartnern grundsätzlich frei zu vereinbaren, dass das Syndikat schon zu einem Zeitpunkt, der vor Abschluss des Gesellschaftsvertrages liegt (dh rückwirkend), als gegründet gilt. Eine rückwirkende Gründung einer GesbR mit Wirkung im Außenverhältnis ist jedoch ausgeschlossen. (FN <sup>36</sup>) Dies ist für typischerweise als reine Innengesellschaften ausgestaltete Stimmbindungsgesellschaften ohne Relevanz, (FN <sup>37</sup>) sodass zeitlich rückwirkende Syndikate in der Praxis keine Seltenheit darstellen.

Unproblematisch ist auch, wenn zwischen rückwirkendem Gründungszeitpunkt und tatsächlichem Abschluss eines Syndikats ein verbandsfremder Dritter einen Geschäftsanteil der Hauptgesellschaft erwirbt, da die rückwirkende Gründung lediglich die Syndikatspartner rechtsgeschäftlich bindet und nicht - wie es der Sprachgebrauch oftmals vermuten lässt - deren Geschäftsanteil syndiziert. (FN <sup>38</sup>)

Zu einem vergleichbaren Ergebnis wie im Falle einer (unmöglichen) rückwirkenden Gründung mit Wirkung im Außenverhältnis könnten die Gesellschafter dann kommen, wenn sie Umstände darzulegen vermögen, aus denen sich zweifelsfrei ergibt, dass es schon vor der schriftlichen Errichtung des Gesellschaftsvertrages durch ein dem Konkludenzgebot des **§ 863 Abs 1 ABGB** entsprechendes Verhalten der Beteiligten zu einem schlüssigen Vertragsabschluss gekommen ist. (FN <sup>39</sup>) In einem solchen Fall handelt es sich genau genommen natürlich nicht um eine rückwirkende Gründung der Gesellschaft, sondern schlicht um eine zeitlich versetzte Verschriftlichung des (der Behauptung nach) bereits zuvor mündlich bzw konkludent geschlossenen Gesellschaftsvertrages.

Zitervorschlag

## Zum Autor

Der Autor ist Rechtsanwaltsanwärter bei Binder Grösswang.

## Fußnote(n)

1) Um Wortwiederholungen zu vermeiden, werden Shareholders' Agreement, Stimmbindungsvertrag und Syndikatsvertrag sinnleich verwendet.

2) Swoboda, Ausgestaltung von Stimmbindungen, *ecolex* 2019, 519.

3) RIS-Justiz RS0059854.

4) Swoboda, Die Kündigung von Syndikatsverträgen und das Abschlussprüfungsrechts-Änderungsgesetz 2016, *Zak* 2016, 204.

5) Swoboda, Die Kündigung von Syndikatsverträgen und das Abschlussprüfungsrechts-Änderungsgesetz 2016, *Zak* 2016, 389; so auch bereits *Kastner*, Die bürgerlich-rechtliche Gesellschaft im Wirtschaftsleben (1969) 225.

6) RIS-Justiz RS0117681; OGH 6 Ob 90/14zGesRZ 2015, 265(*van Husen*) = ÖBA 2016, 173(*Dellinger/Schellner*); 6 Ob 35/14mecolex 2014, 1068(*Reich-Rohrwig*) = GesRZ 2015, 203(*Heidinger*); 6 Ob 80/11zGesRZ 2012, 129(*Artmann*); 3 Ob 72/09yRWZ 2009, 332(*Wenger*) = GesRZ 2010, 49(*Enzinger*); 1 Ob 629/85NZ 1987, 44.

7) "Schließen sich zwei oder mehrere Personen durch einen Vertrag zusammen, um durch eine bestimmte Tätigkeit einen gemeinsamen Zweck zu verfolgen, so bilden sie eine Gesellschaft. Sofern sie keine andere Gesellschaftsform wählen, bilden sie eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts im Sinn dieses Hauptstücks" (§ 1175 ABGB idgF).

8) ErläutRV 270 BlgNR 25. GP 3.

9) Vgl RIS-Justiz RS0014571; OGH 7. 6. 2016, 10 Ob 77/15v; 29. 1. 1991, 4 Ob 502/91; 11. 3. 1993, 2 Ob 516/93; 1. 12. 1998, 7 Ob 313/98z; 18. 10. 2005, 5 Ob 226/05d; 20. 4. 2010, 1 Ob 23/10d; 21. 11. 2013, 1 Ob 181/13v.

10) *Artmann* in *Klang*<sup>3</sup> (2016) § 1175 Rz 11; *Artmann/Thiery*, GesbR neu - Auswirkungen für die Praxis? *RdW* 2016/13, 3; *Koppensteiner*, wbl 2015, 302.

11) OGH 7. 6. 2016, 10 Ob 77/15v; 12. 2. 1991, 8 Ob 707/89.

12) OGH 15. 10. 1998, 2 Ob 200/98w; 15. 12. 1997, 1 Ob 2342/96k; 13. 8. 1998, 2 Ob 197/98d.

13) RIS-Justiz RS0022210; OGH 5 Ob 134/71 GesRZ 1973, 50; 5 Ob 572/78 GesRZ 1978, 169; 7 Ob 6/81 GesRZ 1981, 173; 5 Ob 525/80MietSlg 32.716; 4 Ob 122/80HS 13.170; VwGH 11. 2. 1980, 3132/78 AnwBI 1981/1330; OGH 7 Ob 595/83MietSlg 35.269; 2 Ob 50/89JBI 1989, 587(*Reich-Rohrwig*); 29. 1. 1991, 4 Ob 502/91; 12. 2. 1991, 8 Ob 707/89; 16. 9. 1993, 2 Ob 37/93; 13. 1. 1998, 8 Ob A 284/97s; 10. 8. 1998, 7 Ob 33/98y; 13. 8. 1998, 2 Ob 197/98d; 15. 10. 1998, 2 Ob 200/98w; 26. 4. 2001, 6 Ob 93/01x; 20. 2. 2003, 6 Ob 326/02p; 15. 12. 2004, 9 Ob 140/04k; 5 Ob 174/09piFamZ 2014, 270(*Deixler-Hübner*); 19. 4. 2012, 6 Ob 36/12f; 26. 5. 2014, 8 Ob 42/14f; 24. 11. 2015, 1 Ob 219/15k.

14) OGH 6 Ob 655/77HS 10.258; 29. 1. 1991, 4 Ob 502/91; 11. 3. 1993, 2 Ob 516/93; 10. 9. 1997, 7 Ob 183/97f; 1. 12. 1998, 7 Ob 313/98z; 5 Ob 226/05dEF-Z 2014, 178(*Linder*).

- 15) *Rieder/Huemer*, Gesellschaftsrecht (2016) 91; *Harrer*, Die Personengesellschaft als Trägerin eines Unternehmens (2010) 55; *Grillberger* in *Rummel*, ABGB<sup>3</sup> (2002) § 1175 Rz 14; *Wittmann-Tiwald* in *Kletečka/Schauer*, ABGB-ON<sup>1.02</sup> § 1175 Rz 9 (Stand 1. 2. 2014, rdb.at).
- 16) OGH 5 Ob 134/71 GesRZ 1973, 50; 5 Ob 572/78 GesRZ 1978, 169; 7 Ob 6/81HS 13.165; 5 Ob 525/80MietSlg 32.716; 4 Ob 122/80HS 13.170; OGH 7 Ob 595/83MietSlg 35.269; 7. 10. 1987, 3 Ob 545/87; 2 Ob 50/89JBI 1989, 587(*Reich-Rohrwig*); 29. 1. 1991, 4 Ob 502/91; 12. 2. 1991, 8 Ob 707/89; 16. 9. 1993, 2 Ob 37/93; 13. 1. 1998, 8 Ob A 284/97s; 10. 8. 1998, 7 Ob 33/98y; 13. 8. 1998, 2 Ob 197/98d; 15. 10. 1998, 2 Ob 200/98w; 26. 4. 2001, 6 Ob 93/01x; 20. 2. 2003, 6 Ob 326/02p; 15. 12. 2004, 9 Ob 140/04k; 5 Ob 174/09piFamZ 2014, 270(*Deixler-Hübner*); 24. 11. 2015, 1 Ob 219/15k.
- 17) *Koppensteiner/Rüffler*, GmbH-Gesetz Kommentar<sup>3</sup> (2007) § 39 Rz 18.
- 18) *Schopper* in *Gruber/Harrer*, GmbH Kommentar (2014) § 76 Rz 35.
- 19) § 76 Abs 2 GmbHG.
- 20) *Straube/Ratka/Rauter*, WK GmbHG (2014) § 76 Rz 188.
- 21) RIS-Justiz RS0113159; OGH 28. 8. 2003, 8 Ob 259/02z; die Formfreiheit nur für das Verfügungsgeschäft als erforderlich erachtend OGH 28. 6. 2000, 6 Ob 18/00s.
- 22) *Rauter* in *Straube/Ratka/Rauter*, WK GmbHG (2014) § 76 Rz 171/1.
- 23) RIS-Justiz RS0022066; OGH 28. 7. 1988, 7 Ob 604/88; ebenfalls von "Entstehung" iZm der Wirksamkeit des Vertrages sprechend *Artmann* in *Klang*<sup>3</sup> (2016) § 1175 Rz 40 und *Swoboda*, Die Kündigung von Syndikatsverträgen und das Abschlussprüfungsrechts-Änderungsgesetz 2016, *Zak* 2016, 204.
- 24) *Artmann* in *Fenyves/Kerschner/Vonkilch*, ABGB<sup>3</sup> (*Klang*) § 1175 Rz 15; *Rieder/Huemer*, Gesellschaftsrecht<sup>4</sup> (2016) 88; *Kastner/Doralt/Nowotny*, Grundriß des österreichischen Gesellschaftsrechts (1990) 56; anderer Meinung *Wahle*, der die GesbR unter die "moralischen Personen" gem § 26 ABGB einreihen wollte, in *Klang* V 513.
- 25) RIS-Justiz RS0123365; RS0062058; OGH 4 Ob 546/60 EvBl 1961/148 = JBI 1961, 42; 6 Ob 69/62 EvBl 1962/514 von der Parteifähigkeit einer GesbR sprechend und damit auch auf die Rechtsfähigkeit bezogen 10. 7. 1997, 2 Ob 2398/96b, vgl dazu § 1 ZPO; ebenso zur Parteifähigkeit RIS-Justiz RS0022184; OGH 13. 11. 1968, 7 Ob 215/68; 1 Ob 151/72 EvBl 1973/30 = JBI 1974, 101; 19. 12. 1972, 8 Ob 204/72; 4 Ob 548/75 NZ 1977, 54 = JBI 1976, 428; 19. 1. 1977, 1 Ob 28/76; 8 Ob 555/77 SZ 51/3 = EvBl 1978/144; 16. 1. 1979, 2 Ob 135/78; 1 Ob 33/79 SZ 53/2 = JBI 1980, 545; 29. 4. 1980, 4 Ob 571/79; 10 Os 148/79EvBl 1981/78 = SSt 51/28 = JBI 1981, 105; 30. 6. 1982, 1 Ob 13/82; 3 Ob 49/85 GesRZ 1985, 194 = RdW 1985, 339; 7 Ob 635/86 SZ 59/161 = RdW 1987, 80 = wbl 1987, 12 = GesRZ 1987, 41 = RZ 1987/41; 2 Ob 50/89 SZ 62/71 = RZ 1989/81 = ZVR 1990/48 S 139 = JBI 1989, 587(*Reich-Rohrwig*); 4 Ob 127/90 SZ 63/179; 29. 8. 1991, 15 Os 5/91; 13. 7. 1994, 7 Ob 551/94; 1 Ob 506/95ecolex 1995, 418 = ÖJZ-LSK 1995/172 = JBI 1996, 190 = ÖJZ-LSK 1995/174 = ÖJZ-LSK 1995/175 = HS 26.676; 23. 12. 1998, 9 Ob A 257/98d; 4. 2. 1999, 4 Ob 13/99m; 9. 3. 1999, 7 Ob 32/99b; 10. 7. 2001, 5 Ob 151/01v; 28. 11. 2001, 9 Ob A 90/01b; 30. 11. 2006, 3 Ob 62/06y; 2 Ob 238/07zZak 2008/339 = ZfRV-LS 2008/37 = ARD 5891/11/2008 = RdW 2008/411 S 454 = *Huber*, ZVR 2008/237 S 484 - *Huber*, ZVR 2008/239 = RZ 2008, 281 EÜ400 = ZVR 2009/38 (*Danzl*, tabellarische Übersicht) = HS 39.359; 7 Ob 130/10hRdW 2011/630 S 596 = ZUS 2011/23 S 84 (*Knauder*, Rechtsprechungsübersicht) (*Knauder*, Rechtsprechungsübersicht) = ZFR 2011/175 S 321 (*Gruber*, Rechtsprechungsübersicht) = VersR 2012, 1143 = *Ertl*, *ecolex* 2012, 1040 (Rechtsprechungsübersicht) = SZ 2011/41; 1 Ob 234/11kbbl 2012, 143/106 = *ecolex* 2012/401, 986.
- 26) Um Wiederholungen hintanzuhalten, sei darauf hingewiesen, dass im Folgenden bei Verwendung des Begriffs GesbR selbstverständlich auch das als solche zu qualifizierende Syndikat mitumfasst ist. Gleiches gilt *vice versa*.
- 27) Sondern lediglich zwischen Abschluss des Gesellschaftsvertrages und dessen Wirksamkeit.
- 28) *Krejci* in *Krejci*, Reformkommentar UGB (2007) § 123 Rz 1 ff; *Schauer* in *Kalss/Nowotny/Schauer*, Gesellschaftsrecht (2008) Rz 2/605.
- 29) *Koppensteiner/Auer* in *Straube/Ratka/Rauter*, UGB I<sup>4</sup> (2012) § 123 Rz 5.
- 30) *Rieder/Huemer*, Gesellschaftsrecht<sup>2</sup> (2011) 61.
- 31) Auf den Unterschied zwischen Konzessionssystem und Normativsystem wird mangels Relevanz nicht eingegangen.
- 32) *Koppensteiner/Auer* in *Straube/Ratka/Rauter*, UGB I<sup>4</sup> (2012) § 123 Rz 4; *Rieder/Huemer*, Gesellschaftsrecht<sup>2</sup> (2011) 61.
- 33) Dazu bereits *Feil* in *Feil/Igerz/Schnabl*, Die Gesellschaft nach bürgerlichem Recht im österreichischen Zivil-, Bilanz- und Steuerrecht (1976) 15.
- 34) *Told* in *Bergmann/Ratka*, Handbuch der Personengesellschaften<sup>2</sup> (2016) Rz 2/70.
- 35) RIS-Justiz RS0022066.
- 36) OGH 19. 7. 1988, 1 Ob 604/88; krit *Artmann* in *Klang*<sup>3</sup> (2016) § 1175 Rz 40.
- 37) RIS-Justiz RS0022066.
- 38) Im Unterschied zum Pfandrecht, das gleichsam am Geschäftsanteil "klebt".
- 39) Anlass gebend für diese Überlegungen, OGH 28. 7. 1988, 7 Ob 604/88.

## **Meta-Daten**

### **Rubrik(en)**

Abhandlung

---

© 2019 MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH